

**Aktuelle Probleme im Rahmen der sachlichen
Zuständigkeit der Strafgerichte,
insbesondere die Folgen
fehlerhafter Verweisungsbeschlüsse**

Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Juristischen Fakultät
der Universität Regensburg

vorgelegt von

Bettina Glaser

2001

Erstberichterstatter: Prof. Dr. Bernd von Heintschel-Heinegg

Zweitberichterstatter: Prof. Dr. Henning Müller

Tag der mündlichen Prüfung: 08.02.2002

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Bettina Glaser

**Aktuelle Probleme im Rahmen der sachlichen
Zuständigkeit der Strafgerichte, insbesondere
die Folgen fehlerhafter Verweisungsbeschlüsse**

Shaker Verlag
Aachen 2002

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Glaser, Bettina:

Aktuelle Probleme im Rahmen der sachlichen Zuständigkeit
der Strafgerichte, insbesondere die Folgen fehlerhafter
Verweisungsbeschlüsse / Bettina Glaser.

Aachen : Shaker, 2002

(Berichte aus der Rechtswissenschaft)

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2002

ISBN 3-8322-0002-9

Copyright Shaker Verlag 2002

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen
oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungs-
anlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 3-8322-0002-9

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 1290 • 52013 Aachen
Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9
Internet: www.shaker.de • eMail: info@shaker.de

Die vorliegende Arbeit hat im Sommersemester 2001 der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation vorgelegen. Rechtsprechung und Literatur sind bis September 2001 berücksichtigt.

Bedanken möchte ich mich bei Herrn Professor Dr. Bernd von Heintschel-Heinegg für die ausgezeichnete Betreuung der Arbeit. Gedankt sei auch Herrn Professor Henning Müller für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein ganz besonderer Dank gilt all jenen, die mich während der Promotionszeit unterstützt haben.

Landshut, im März 2002

Bettina Glaser

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	1
B. Das Gebot des gesetzlichen Richters	3
I. Geschichtliche Entwicklung	3
II. Allgemeine Bedeutung	5
III. Der Richter im Sinne des Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG	7
1. Rechtssatzmäßige Bestimmung	7
2. Materielle Anforderungen	8
IV. Der gesetzliche Richter und die Gesetzgebung	9
V. Der gesetzliche Richter und die Judikative	9
1. Geschäftsverteilungs- und Mitwirkungspläne	10
2. Die fehlerhafte gerichtliche Entscheidung	11
a) Die „Willkürschränke“	11
b) Kritik an der „Willkürschränke“	13
C. Gerichtsverfassungsrechtliche Grundlagen	17
I. Begriff der sachlichen Zuständigkeit	17
1. Allgemeine Bedeutung	17
2. Verwandte Erscheinungen	18
II. Zuständigkeitsmerkmale	19
1. Gegenwärtige Rechtslage	19
2. Die sogenannte „bewegliche Zuständigkeit“	20
a) Die „besondere Bedeutung des Falles“	20
aa) Vereinbarkeit mit dem Verfassungsgebot des gesetzlichen Richters	20
bb) Kriterien für die besondere Bedeutung der Sache	22
b) Fortgeltung des ungeschriebenen Tatbestandsmerkmal „mindere Bedeutung“ bei § 25 Nr. 2 GVG n.F.	26
aa) Rechtslage vor der Änderung der Vorschrift	26
bb) Streitstand in Rechtsprechung und Literatur	28
cc) Einzeluntersuchung	29
(1) Wortlaut	29
(2) Begründung des Gesetzentwurfes	30
(3) Gesetzssystematik	30
(4) Zusammenfassung	34
D. Verfahrensrechtliche Grundlagen	37
I. Grundprinzipien der Zuständigkeitsprüfung im Verfahren	37
1. Pflicht zur Zuständigkeitsüberprüfung	37
2. Aufgaben des sachlich zuständigen Gerichts	39
3. Zuständigkeit eines Gerichts niederer Ordnung	39

4. Erfordernis der Prozeßökonomie	40
II. Zuständigkeitsprüfung im Eröffnungsverfahren	41
1. Wirkung des Eröffnungsbeschlusses	42
a) Vorläufige Bedeutung	42
b) Zuständigkeitsperpetuierung	43
aa) Zuständigkeit eines Gerichts niederer Ordnung	43
bb) Normative Merkmale	43
cc) Straferwartung nach § 25 Nr. 2 GVG	44
2. Weiterleitung des Verfahrens	45
a) Eröffnung vor einem Gericht niederer Ordnung	46
b) Vorlage an ein Gericht höherer Ordnung	47
III. Zuständigkeitsprüfung nach Verfahrenseröffnung	48
1. Weiterleitung außerhalb der Hauptverhandlung	48
a) Befassung durch höherrangiges Gericht	48
b) Überschreitung der Zuständigkeit	49
2. Weiterleitung in der Hauptverhandlung	51
a) Befassung durch höherrangiges Gericht	51
b) Überschreitung der Zuständigkeit	51
aa) Anwendbarkeit	52
bb) Zeitpunkt der Verweisung	52
(1) Änderung des Tatverdachts	52
(2) Korrigierende Verweisung	54
(3) Unzureichende Strafgewalt	55
(4) Änderung des normativen Merkmals „Strafsache besonderer Bedeutung“	56
IV. Zuständigkeitsprüfung im Rechtsmittelverfahren	57
1. Beschwerde	57
a) Inhalt der Entscheidung des Beschwerdegerichts	58
b) Überprüfung normativer Zuständigkeitsmerkmale	59
2. Berufung	60
3. Revision	63
a) Verweisung durch das Revisionsgericht	63
b) Fehlerhafte Zuständigkeitsbestimmung im Eröffnungsbeschluß	64
V. Zusammenfassung	66
E. Lösung der Beispielfälle	69
I. Fall 1	69
1. Prozessuale Ausgangslage	69
2. Objektive Willkür	70
a) Abgrenzung error in procedendo und verfassungsrechtlich relevanter Verstoß	70
aa) Abgrenzungsmerkmale des BVerfG	71
bb) Abgrenzungsmerkmale des BGH	72

cc) Zwischenergebnis	72
b) Anwendung der Abgrenzungskriterien auf den Beispielsfall	73
c) Lösung des BGH	79
3. Folgen einer willkürlichen Verweisung	80
a) Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	80
aa) Nichtigkeit	80
bb) Entfallen der Bindungswirkung	81
b) Einzeluntersuchung	82
aa) Nichtigkeit von Zwischenentscheidungen	82
bb) Wirksamkeit der objektiv willkürlichen Eröffnung	84
cc) Entbehrlichkeit der Annahme von Nichtigkeit	85
dd) Zurückverweisung entgegen § 269 StPO	85
ee) Übereinstimmung mit der Rechtsprechung zu § 281 ZPO	87
ff) Prozeßökonomie	87
c) Zwischenergebnis	88
4. Revision	88
a) Sachliche Zuständigkeit der Vorinstanz	88
aa) Bedeutung des Meinungsstreits für den Beispielsfall	89
bb) Stellungnahme	90
b) Sachliche Zuständigkeit des Revisionsgerichts	92
5. Ergebnis	93
II. Fall 2	94
1. Problemaufriß	94
2. Objektive Willkür	95
a) Anwendung der Abgrenzungsmerkmale	95
aa) Straferwartung des SchöffEnG	95
bb) Abweichen von der überwiegenden Meinung	96
b) Lösung des BGH	98
3. Revision	99
a) Revision gegen ein Berufungsurteil	99
b) Sprungrevision	101
4. Ergebnis	102
III. Fall 3	102
1. Prozessuale Ausgangslage	102
2. Objektive Willkür	103
a) Anwendung der Abgrenzungsmerkmale	103
b) Lösung des BGH	109
3. Klärung des Zuständigkeitsstreites	110
a) Vorrangige Entscheidungskompetenz des höherrangigen Gerichts	110
b) Zuständigkeitsbestimmung durch das gemeinschaftliche obere Gericht	111
aa) Anfechtbarkeit des Verweisungsbeschlusses	111
(1) Anfechtbarkeit des willkürlichen Verweisungsbeschlusses durch den	

Angeklagten	112
(a) Sofortige Beschwerde des Angeklagten	112
(b) Einfache Beschwerde des Angeklagten	113
(2) Anfechtbarkeit des willkürlichen Verweisungsbeschlusses durch die Staatsanwaltschaft	116
(a) Sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft	116
(b) Einfache Beschwerde der Staatsanwaltschaft	116
(3) Zwischenergebnis	118
(4) Gleichwertigkeit von einfacher Beschwerde und dem Verfahren nach §§ 14, 19 StPO	118
bb) Andere Beschwerdemöglichkeiten	119
cc) Zwischenergebnis	119
dd) Analoge Anwendung der §§ 14, 19 StPO im vorliegenden Fall	120
c) Lösung des BGH	121
d) Bindung	122
aa) Bindung bei der Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit	122
bb) Bindung bei der Bestimmung der sachlichen Zuständigkeit	123
4. Ergebnis	124
F. Gesamtergebnis	127
G. Vorschlag zur präziseren Abgrenzung zwischen error in procedendo und Willkür bei einer Verweisung nach § 270 Abs. 1 StPO	129
I. Bildung typischer Fallgruppen	130
1. Fälle willkürlicher Verweisung nach der Rechtsprechung	131
2. Analoge Anwendung der Ermessenslehre	132
II. Ergebnis	134